

BSH SCHULER & PARTNER

Rechtsanwalt und Steuerberater

BSH Partnerschaft • Theaterstr. 4/5 • 30159 Hannover

Amtsgericht Frankfurt am Main
Der Präsident des Amtsgerichts
Hermann J. Schmidt
Gerichtsstraße 2
60313 FRankfurt am Main

**Bitte um Stellungnahme zu einem Sachverhalt
vom 1.6.2013
Blockupy Kundgebung in Frankfurt
gegen 12:50 Uhr**

Nils-Jasper Schuler

Rechtsanwalt
zugleich Fachanwalt
für Miet- u. Wohnungseigentumsrecht


Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Steuerberater

Dipl.-Kffr. Birgit Ammon
Steuerberaterin

Rautter Schuler

Rechtsanwalt*
Theaterstr. 4 / 5
30159 Hannover

 Kröpcke

 Opernplatz / Galerie Luise

Telefon: (0511) **16 990 78-0**

Telefax: (0511) **16 990 78-9**

E-Mail: Kanzlei@RASchuler.de

Gerichtsfach 363

in Kooperation mit **UBB Dieter Beyer**

Unternehmensberatung

Burgwedeler Str. 25, 30916 Isernhagen

4/13NS02
Hannover, den
05.06.2013

Bitte stets angeben

Sehr geehrter Herr Präsident am Amtsgericht Schmidt,

namens und in Vollmacht des Forums Junge Anwaltschaft Hannover wende ich mich als Regionalbeauftragter des Forum Junge Anwaltschaft für den Landgerichtsbezirk Hannover an Sie und bitte um Stellungnahme zu folgendem Sachverhalt.

Den Rechtsanwälten Paulo Dias, Christian Lange und Anke Langensiepen, sind im Zuge der Einkesselung eines Demozuges während der Blockupy Kundgebung in Frankfurt gegen 12:50 Uhr rechtswidrig festgehalten worden.

Gegenüber den Demonstranten_Innen im Kessel wurde über Lautsprecher zugesagt - ähnlich wie jetzt im Nachhinein gegenüber der Presse verlautbart - wer sich freiwillig aus dem Kessel begeben, könne diesen verlassen. Eine im Zuge ihrer Berufsausübung eingekesselte Rechtsanwältin hat diese Zusage überprüft, allerdings ist ihr der Ausgang aus dem Kessel verwehrt worden. Auch den Rechtsanwälten Lange und Dias wurde das Verlassen des Kessels mehrfach über mehrere Stunden an allen Seiten verwehrt.

Bankverbindungen
Deutsche Bank AG • Konto-Nr. 202 100 400 • BLZ 270 725 24
Postbank Hamburg • Konto-Nr. 966 015 200 • BLZ 200 100 20

Internet: www.RASchuler.de
PR 200517 • Registergericht Hannover
Umsatzsteuer Nr. 24/142/05274
*Rechtsanwalt im Angestelltenverhältnis

Die Richterin, die im Rahmen ihres Bereitschaftsdienstes über die Rechtmäßigkeit polizeilicher Freiheitsentziehungen zu entscheiden hätte, hat die Arbeit verweigert. Über den EA Frankfurt wurden der Richterin Anträge auf Beendigung der Freiheitsentziehung der drei eingekesselten Rechtsanwälte des EA Frankfurt vorgelegt. Die Richterin hat lange nach Einrichtung des Kessels erklärt, wenn die Polizei Freiheitsentziehungen plane, dann würde sie bei ihr die entsprechenden Anträge stellen. Solange dies nicht geschehen sei, sehe sie keine Veranlassung tätig zu werden. Derzeit bestehe lediglich eine „Verhandlungssituation“, für die sie nicht zuständig sei. Auf ausdrückliche Nachfrage, ob dies bedeute, daß sie die gestellten Anträge der eingekesselten Rechtsanwälte, die ihr vorlagen, liegen lassen und nicht bearbeiten werde, erklärte sie lapidar: ja. Auf die Frage, woher sie ihre Informationen beziehe wurde erklärt, dies werde sie nicht mitteilen.

Zudem ist mir der Zugang nach Mandatserteilung eines verletzten Journalisten, der später ins Krankenhaus gebracht werden musste, durch Polizeibeamte verwehrt worden. Auf Nachfrage der Landtagsabgeordneten der Linken (Hessen) Mariana Schott, warum der Rechtsanwalt nicht zu seinem Mandanten dürfe, teilte der Polizeibeamte lapidar mit, dass dieser keinen bräuchte. Auf weitere Nachfrage, seit wann ein Polizeibeamter darüber zu disponieren habe, wann ein mündiger Bürger einen Anwalt bräuchte, schwieg er.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten: Rechtsanwälte wurden über mehr als 4,5 Stunden ihrer Freiheit beraubt. Der sog. Rechtsstaat hat ihnen nicht zum Recht verholfen. Die Richterin am Amtsgericht Frankfurt Christ erklärte sich für nicht zuständig. Die Grundrechte, die historisch als Abwehrrechte gegen die staatliche Gewalt entstanden sind, sind in Frankfurt außer Kraft gesetzt worden.

Rechtlicher Hinweis zur Rechtslage bei freiheitsentziehenden Maßnahmen:

In Freiheitsentziehungsverfahren in allen Varianten gilt der Amtsermittlungsgrundsatz. Die Amtsermittlungspflicht folgt aus der Aufgabenzuweisung durch Art. 104 Abs. 2 GG. Hieraus folgt die Kompetenz und Verpflichtung zur Prüfung und Entscheidung von Amts wegen, sobald das Gericht Kenntnis von der Eingriffsmaßnahme hat oder haben kann. Aus diesem Grund darf sich der Richter nicht auf die Überprüfung der Plausibilität der von der Polizei vorgebrachten Gründe beschränken, sondern muss selbst Tatsachen feststellen und prüfen, ob die Freiheitsentziehung begründet und erforderlich ist (BVerfG 58, 208, 220; 63, 317, 321; 83, 24, 34). Auch nach EGMR ist das Gericht von Amts wegen nach Art. 5 Abs. 3 EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) zur Überprüfung der Freiheitsentziehung der Sache verpflichtet (NJW 2001, 51, 53).

Ferner ergibt sich aus Art. 19 Abs. 4 GG und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG 40, 276, 286), dass auch die Betroffenen jederzeit einen Antrag auf richterliche Entscheidung stellen können. Dies folgt auch aus Art. 5 Abs. 4 EMRK (EGMR, NJW 2001, 51, 53). Der Antrag kann während des Gewahrsams jederzeit gestellt werden, und zwar formlos oder förmlich durch Einreichung eines Antrags beim Gericht.

Die Pflicht zur persönlichen Anhörung durch den Richter dient nicht nur dem rechtlichen Gehör, sondern ist unverzichtbarer Bestandteil der richterlichen Sachverhaltsaufklärung (BVerfG 58, 208, 222) und ist u.a. nach Art. 5 Abs. 3 EMRK (EGMR, NJW 2001, 51) zwingend vorgeschrieben.

Ich erlaube mir, für Ihre Stellungnahme hier eine Frist von **2 Wochen** zu notieren

Mit freundlichen Grüßen

Nils-Jasper Schuler
Regionalbeauftragter FORUM Junge Anwaltschaft am LG Hannover
c/o Rechtsanwalts- und Notarverein Hannover e.V.
Volgersweg 65, 30175 Hannover
Anwaltsfach: 600

BSH Partnerschaft
Rechtsanwalt Nils-Jasper Schuler
zugleich Fachanwalt für Miet-und Wohnungseigentumsrecht
Theaterstr. 4/5
30159 Hannover
Tel: 0511/16990780
Mobil: 0177/6337450
Fax: 0511/16990789

gez. N.-J. Schuler
(N.-J. Schuler)
Rechtsanwalt